

Henry Kissinger, die transatlantischen Beziehungen und die europäische Integration

Henry Kissinger wurde 1923 im bayrischen Fürth geboren und flüchtete 1938 im Alter von 15 Jahren mit seinen Eltern und seinem Bruder Walter an die amerikanische Ostküste. Damit schaffte es die Familie gerade noch rechtzeitig, sich vor der eskalierenden Judenverfolgung des nationalsozialistischen Regimes in Sicherheit zu bringen. Den Rest seiner Jugendzeit verbrachte Kissinger daher in den USA, wurde bald amerikanischer Soldat und Staatsbürger und genoss anschließend eine hervorragende Universitätsausbildung. Bereits mit 26 Jahren wurde er Assistenzprofessor für Internationale Beziehungen an der renommierten Harvard-Universität.¹

Das Nachdenken über die internationale Politik war daher Teil seines professionellen Lebens. Aber auch seine komplexe und nachdenkliche Persönlichkeit neigte dazu, sich mit den Beziehungen der Staaten und der Menschen untereinander zu beschäftigen. Viele von Kissingers Zeitgenossen waren Verfechter der europäischen Integration. Denn durch die Schaffung eines vereinigten Europas sollten nicht nur Deutsche und Franzosen miteinander versöhnt werden, sondern auch die ganze westliche Hälfte des europäischen Kontinents zu einem friedvollen und miteinander kooperierenden Ganzen zusammenwachsen. Ein von Westeuropa ausgehender dritter Weltkrieg sollte so auf jeden Fall verhindert werden.

Kissinger stand jedoch der europäischen Integration immer recht skeptisch gegenüber. Natürlich lag auch ihm daran, dass Europa sich in einen friedlichen Kontinent verwandeln würde, doch fühlte er sich besonders Charles De Gaulles „Europa der Vaterländer“ und damit der engen Kooperation der atlantischen Verbündeten als souveräne Nationalstaaten verpflichtet. An dem Gedanken eines vereinigten Europas auf föderaler Basis, wie es die USA mit ihrem Kontinent schon vor zwei Jahrhunderten geschafft hatten, konnte er keinen rechten Gefallen finden. Warum das so war und welche Konsequenzen sich daraus für die Europapolitik der Nixon-Administration ergaben, soll in diesem Beitrag erläutert werden.

Kissinger diente Nixon zuerst als Nationaler Sicherheitsberater und wurde dann im September 1973 zusätzlich zum US-Außenminister ernannt. In diesem Amt blieb er auch unter Gerald Ford, als dieser im August 1974 nach dem Rücktritt Nixons neuer US-Präsident wurde. Ein enger Vertrauter Kissingers, Brent Scowcroft, wurde

1 Vgl. Larres 2022. Die zahlreiche Kissinger-Literatur wird dort diskutiert.

unter Ford mit dem Amt des Nationalen Sicherheitsberaters betraut. Damit war Kissinger im Grunde zwischen Januar 1969 und Januar 1977 der maßgebliche Politiker, der die Außenpolitik und nicht zuletzt auch die Europapolitik Washingtons dirigierte. Die Tatsache, dass Nixons Aufmerksamkeit zuerst durch den eskalierenden Vietnamkrieg und spätestens seit 1973 durch den Watergate-Skandal stark in Anspruch genommen wurde, ermöglichte es Kissinger, allmählich immer größeren außenpolitischen Einfluss zu gewinnen.

Kissingers frühe Jahre

Im Januar 1969, gleich zu Beginn der Präsidentschaft Richard Nixons, begrüßten die meisten europäischen Regierungen die überraschende Ernennung des 45-jährigen Harvard-Professors zum Nationalen Sicherheitsberater. Das renommierte *Time Magazine* sprach von „Richard Nixons klügster Ernennung“ und berichtete, dass „Bonn, London und Paris sich zwar in vielen Fragen uneinig sind, aber in ihrer Hochachtung für Kissinger glückliche Einstimmigkeit herrscht; selbst Moskau ist nicht unzufrieden.“²

Ende der 1960er Jahre war Kissinger bereits eine bekannte Persönlichkeit in akademischen und außenpolitischen Kreisen in den USA.³ Sein markanter deutscher Akzent, den er nie verlor, wurde zu einer Art Markenzeichen. Als sein Bruder Walter einmal gefragt wurde, warum er keinen ähnlich starken deutschen Akzent habe, soll er geantwortet haben: „Ich bin der Kissinger, der zuhört.“⁴ Henry Kissingers zahlreiche Schriften über den Kurs der US-Außenpolitik, über transatlantische Beziehungen und nicht zuletzt über Nuklearstrategie waren in bekannten Zeitschriften wie *Foreign Affairs* und *Daedalus* erschienen. Im Laufe der 1950er Jahre begann Kissinger auch mit einflussreichen Gremien wie dem *Council on Foreign Relations* (CFR) und der *Rand Corporation* zusammenzuarbeiten.⁵

Insbesondere Kissingers zwei vielbeachtete Bücher aus dem Jahre 1957 verhalfen ihm im gleichen Jahr *tenure* und damit eine Festanstellung als Associate Professor in Harvard zu gewinnen, wo er bald die Leitung des *Harvard International Affairs Seminar* übernahm. Anfangs leitete er es gemeinsam mit Robert Bowie, der von 1953 bis 1957 als Direktor für Politikplanung im Außenministerium unter John Foster Dulles tätig gewesen war, doch innerhalb eines Jahres redeten Kissinger

2 Kissinger: The Uses and Limits of Power. In: *Time* vom 14. Februar 1969, unter: <https://time.com/archive/6636694/kissinger-the-uses-and-limits-of-power/>, abgerufen am 15.09.2025. Alle Übersetzungen ins Deutsche stammen hier und im Folgenden vom Autor.

3 Vgl. *Mazlish* 1976; *Landau* 1972, S. 73ff.

4 Walter Kissinger, Businessman and Brother of Henry, Dies at 96. In: *New York Times* vom 27. Mai 2021, unter: <https://www.nytimes.com/2021/05/27/business/walter-kissinger-dead.html>, abgerufen am 18.09.2025.

5 Vgl. *Hanhimäki* 2004; *Ferguson* 2015.

und Bowie kaum noch miteinander. Kissinger bezeichnete Bowie als „böartig.“ Die beiden versuchten sich möglichst aus dem Weg zu gehen.⁶ Durch das *Harvard International Affairs Seminar*, aber auch durch Kissingers Herausgeberschaft einer außenpolitischen Zeitschrift namens *Confluence* kam er mit vielen einflussreichen Politikern und Intellektuellen in Kontakt, die bald Teil von Kissingers weitreichendem Netzwerk internationaler Kontakte wurden.⁷

Die beiden Bücher, die Kissinger 1957 veröffentlichte, umrissen wichtige Aspekte seines politischen Denkens, die seine Politik, einschließlich seine Europapolitik, als Nationaler Sicherheitsberater Nixons deutlich beeinflussten. In seiner veröffentlichten Doktorarbeit *A World Restored: Metternich, Castlereagh and the Problems of Peace, 1812–22* untersuchte er, wie es den beiden konservativen Politikern gelang, nach den Napoleonischen Kriegen ein neues stabiles und friedliches internationales System zu schaffen.⁸ Insgesamt lobte er ihre Politik und zeigte sich beeindruckt. Kissingers Dissertation demonstrierte, so ein Kissinger-Biograph, dass er „ein überzeugter Anhänger der Realpolitik war, der die Vorrangstellung der Geopolitik und das Gleichgewicht der Kräfte als Schlüsselemente für die Gewährleistung internationaler Stabilität ansah“.⁹

Damit stand Kissinger neuen, supranationalen Entwicklungen in der Weltpolitik, wie eben der europäischen Integrationsbewegung, eher skeptisch gegenüber. Kissinger hatte eine recht traditionale Auffassung davon, wie die Staaten der Welt miteinander kooperieren sollten. In seiner Doktorarbeit betonte Kissinger daher auch die Verantwortung des einzelnen Staatsmannes, Einfluss auf Ereignisse zu nehmen, um die internationale Ordnung aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.

Kissingers zweites Buch aus dem Jahr 1957, *Nuclear Weapons and Foreign Policy*, brachte ihm nationale und sogar internationale Anerkennung ein und „etablierte ihn als Autorität in Fragen der strategischen Politik der USA“.¹⁰ So beeinflussten Kissingers Schriften beispielsweise den späteren westdeutschen Verteidigungsminister und Bundeskanzler Helmut Schmidt.¹¹ Insbesondere war Schmidt von Kissingers Analysefähigkeiten beeindruckt, obwohl er politisch oft nicht mit ihm übereinstimmte. „Henry ist eine Klasse für sich“, erklärte Schmidt in einem Gespräch, „er passt in keine Schublade.“¹² Obwohl Kissingers *Nuclear Weapons and Foreign*

6 Vgl. Isaacson 1992, S. 95–97.

7 Vgl. Hanhimäki 2004, S.5ff.; Isaacson 1992, S.95ff.; Landau 1972, S.73ff., S. 42ff.

8 Vgl. Kissinger 1957a.

9 Hanhimäki 2004, S. 7–8 (Zitat: S. 10).

10 Zitat: Henry A. Kissinger: United States Statesman. In: Encyclopedia Britannica Online, unter: <https://www.britannica.com/biography/Henry-Kissinger#ref92042>, aberufen am 15.09.2025; vgl. Kissinger 1957b. Vgl. für eine umfassende Einordnung dieses zentralen Werkes in die zeitgenössischen Debatten über Atomwaffen und in seiner Bedeutung für Kissingers Karriere auch den Beitrag von Constantin M. März in vorliegendem Band.

11 Vgl. Schmidt 1989, S.133, S. 211; auch Grandin 2015; Interview des Autors mit Helmut Schmidt, Hamburg, 5. April 2004.

12 Schmidt/Stern 2010, S. 41–42 (Zitat: S. 41); Interview des Autors mit Helmut Schmidt.

Policy sehr dicht geschrieben und argumentiert war, verkaufte es sich gut und blieb vierzehn Wochen lang auf der Bestsellerliste der *New York Times*.¹³

In dem Buch sprach sich Kissinger für eine flexible Verteidigungspolitik des Westens aus. Er lehnte die Doktrin der „massiven Vergeltung“ von Eisenhower und Dulles ab. Stattdessen plädierte er dafür, Vorkehrungen für eine begrenzte Kriegsführung und den Einsatz von Atomwaffen zu treffen, falls die Sowjetunion in Westeuropa einmarschieren sollte – eine Möglichkeit, die die meisten westlichen Politiker Mitte der 1950er Jahre durchaus ernst nahmen.¹⁴ Mit den Hauptargumenten seines Buches nahm Kissinger die heftigen Debatten über die strategische Nuklearpolitik der NATO vorweg, die während der Regierungen Kennedy und Johnson immer wieder aufflammten.

Das Buch basierte jedoch nur teilweise auf Kissingers eigenen Überlegungen. Es stützte sich auch auf die monatlichen Diskussionen der nuklearen Studiengruppe des *Council on Foreign Relations*. Kissinger arbeitete drei Jahre lang als Fellow beim CFR und war zum Studienleiter der Gruppe ernannt worden, eine prestigeträchtige Position, die seinen Status als aufstrebender junger Wissenschaftler unterstrich. Mit diesem Band lieferte Kissinger im Wesentlichen eine prägnante und überzeugend argumentierte Synthese der Ansichten, die von den hochrangigen Teilnehmern der Treffen geäußert wurden.¹⁵ Seine offensichtliche Bereitschaft, den tatsächlichen Einsatz taktischer Atomwaffen als Teil des routinemäßigen westlichen Kriegsarsenals in Betracht zu ziehen, löste große Kontroversen aus, nicht zuletzt auf dem europäischen Kontinent, der zweifellos stark unter dem Einsatz sogenannter taktischer, d. h. Atomwaffen relativ kurzer Reichweite, gelitten hätte.¹⁶

Neben seiner akademischen Tätigkeit in Harvard und einer Reihe von Thinktanks wurde Kissinger Teilzeitberater der Regierungen Kennedy und Johnson, obwohl er weitgehend am Rande der Macht blieb, „wie ein Außenstehender, der mit der Nase an der Scheibe klebt“.¹⁷ Dennoch war Kissinger einer von Kennedys Beratern während der Berlin-Krise 1961 und vertrat eine entschieden friedfertige Haltung. Er hielt nichts von der Ansicht des ehemaligen Außenministers Dean Acheson, US-Truppen über die Autobahn nach Berlin zu schicken, falls die Sowjets den Zugang der Alliierten zum westlichen Teil der Stadt unterbrechen sollten.¹⁸

Kennedy schätzte zwar Kissingers Beitrag während der Berlin-Krise, insgesamt war das Verhältnis des Präsidenten zu seinem Teilzeitberater aus Harvard, den er als ziemlich pompös und langatmig empfand, jedoch angespannt. Kissinger nahm „die Kennedy-Gruppe als unattraktiv narzisstisch“ und verwirrend idealistisch wahr.¹⁹

13 Vgl. *Dallek* 2007, S. 48.

14 Vgl. *Kissinger* 1957b, Kap. 12, besonders S. 428-430.

15 Vgl. *Hanhimäki* 2004, S. 9-11.

16 Vgl. ebd., S. 11.

17 *Isacson* 1992, S. 110.

18 Vgl. ebd., S. 111-112.

19 Zit. n. *Brown* 2004.

Kissinger passte eindeutig nicht in Kennedys Umfeld. Der Nationale Sicherheitsberater des Präsidenten, McGeorge Bundy, ein Kollege und Freund Kissingers aus Harvard, wurde gebeten, ihm dies zu erklären und ihn als Berater zu entlassen. Das Weiße Haus hielt es nicht einmal für nötig, eine Pressemitteilung über Kissingers Ausscheiden zu veröffentlichen, was ihn sehr verletzte.²⁰

Seit Mitte der 1950er Jahre hatte Kissinger zudem enge und lukrative Beziehungen zur Familie Rockefeller aufgebaut, insbesondere zu Nelson Rockefeller, dem Gouverneur von New York. Er unterstützte dessen erfolglose Kandidaturen für die republikanische Präsidentschaftsnominierung in den Jahren 1960, 1964 und 1968.

In den 1960er Jahren veröffentlichte Kissinger weiterhin eine beträchtliche Anzahl einflussreicher Artikel, in denen er sich häufig mit den Beziehungen innerhalb des Atlantischen Bündnisses befasste. Er erwarb sich den Ruf, über einen erstklassigen analytischen Verstand zu verfügen, doch bald zeigte sich, dass er auch sehr empfindlich war, sich leicht gekränkt fühlte, oft ziemlich aufbrausend mit seinen Mitarbeitern umging und nicht zuletzt sehr von seiner eigenen Wichtigkeit überzeugt war.²¹

Der drohende Niedergang der USA

Im Laufe der 1960er Jahre veröffentlichte Kissinger zwei weitere Bücher, die seinen Ruf als ernstzunehmenden außenpolitischen Denker festigte. 1961 überraschte er die Leser seines Buches *The Necessity for Choice* mit der Feststellung, dass sich die USA seit 1945 im Niedergang befänden. Wenn dieser Trend nicht aufgehalten werde, argumentierte er übertrieben pessimistisch, würde das Land innerhalb von 15 Jahren in internationalen Angelegenheiten irrelevant werden.²² Kissinger war der Ansicht, dass „unabhängig davon, welchen Aspekt der amerikanischen Außenpolitik wir betrachten, die Notwendigkeit neuer Ansätze offensichtlich ist“.²³

Kissinger scheute sich nicht zuzugeben, dass die Notwendigkeit „neuer Ansätze“ auch für die transatlantischen Beziehungen galt. Er argumentierte, dass „nirgendwo sonst so viel auf dem Spiel steht“ – sowohl im sicherheitspolitischen als auch im kulturellen Kontext des Kalten Krieges.²⁴ „Wenn unsere Hoffnungen auf eine Welt, die auf den Werten der Freiheit und der Menschenwürde basiert, verwirklicht werden sollen“, erklärte er, „ist eine engste Zusammenarbeit zwischen Nordamerika – ja, der gesamten westlichen Hemisphäre – und Europa unerlässlich.“²⁵ In diesem

20 Vgl. Isaacson 1992, S. 110-114; Landau 1972, S. 58-60, S. 81-82.

21 Vgl. Dallek 2007, S. 50; Blumenfeld 1974; Isaacson 1992, S. 125.

22 Vgl. Kissinger 1960, S. 1-2.

23 Ebd., S. 1.

24 Ebd., S. 99.

25 Ebd. S. 100.

Buch revidierte er auch seine Haltung hinsichtlich der Bereitschaft der NATO, aus praktischen Gründen begrenzte Atomkriege zu führen. Es sei unmöglich zu definieren, was eigentlich ein „begrenzter Atomkrieg“ bedeute.²⁶

Vier Jahre später skizzierte Kissinger in seinem noch einflussreicheren Buch *The Troubled Partnership: A Reappraisal of the Atlantic Alliance* seine Gedanken zur Zukunft der westlichen Welt und zu den Beziehungen zwischen den USA und Europa. Neben seiner Expertise zur westlichen Nuklearstrategie war es dieses Buch, das ihn zu einem anerkannten Experten für transatlantische Beziehungen und europäische Angelegenheiten machte. Auf jeden Fall verschafften ihm seine deutsche Herkunft, einschließlich seiner Muttersprache Deutsch, und seine Tätigkeit für den Geheimdienst der US-Besatzungsarmee in Deutschland in den Jahren 1945–46 einen gewissen Vorteil gegenüber den meisten anderen US-Politikern, die sich für westeuropäische Angelegenheiten interessierten.²⁷

The Troubled Partnership war eine überarbeitete Sammlung von drei Vorträgen, die Kissinger im März 1964 vor dem *Council on Foreign Relations* gehalten hatte. Das Buch enthielt die Essenz von Kissingers Gedanken zu den transatlantischen Beziehungen und zur Entwicklung eines vereinten europäischen Kontinents. Wie sich im Laufe der Zeit herausstellte, sollte die Argumentation in diesem Buch seine Politik gegenüber Europa und dem Atlantischen Bündnis während der Nixon-Administration bestimmen.²⁸

In *The Troubled Partnership* zögerte Kissinger nicht, das Konzept einer Multilateralen Streitmacht (MLF) anzugreifen, das auf Gleichberechtigung und gemeinsamer Kontrolle durch die USA und ihre europäischen Verbündeten basierte. Tatsächlich stand er diesem Vorhaben „ungewöhnlich feindselig“ gegenüber.²⁹ Kissingers Ablehnung des MLF-Konzepts spiegelte aber vor allem, wie Walter Isaacson es prägnant formulierte, „sein tiefes und anhaltendes Misstrauen gegenüber den Europäern als verlässliche militärische Verbündete, insbesondere in Nuklearfragen, wider. Während seiner gesamten Karriere war er skeptisch, ob die meisten westeuropäischen Regierungen den Mut hätten, eine harte antisowjetische Verteidigungspolitik zu verfolgen.“³⁰ In Bezug auf Deutschland war er immer der Meinung, dass dieses Land „das letzte Land sei, das dazu ermutigt werden sollte, ‚alleine vorzugehen‘“.³¹

26 Isaacson 1992, S. 106-107.

27 Vgl. Klitzing 2007, S. 47ff. Vgl. zu Kissingers Zeit als Besatzungssoldat in Deutschland auch den Beitrag von Arvid Schors im vorliegenden Band.

28 Kissinger 1965.

29 Landau 1972, S. 79.

30 Isaacson 1992, S. 115.

31 Kissinger 1960, S. 169. Vgl. zu Kissingers tiefsitzendem Misstrauen gegenüber Westdeutschland den Beitrag von Holger Klitzing sowie zu seinem Verhältnis zu den sozialdemokratischen Regierungen in Europa den Beitrag von Christopher Seiberlich im vorliegenden Band.

Kissinger erklärte in *The Troubled Partnership*, dass die transatlantischen Beziehungen tatsächlich zu einem „Dialog zwischen Tauben“ geworden seien, und er gab zu, dass die USA „paternalistisch“ und mit einer „gewissen Selbstgerechtigkeit und Ungeduld“ mit ihren Verbündeten umgingen.³² Er fragte sich daher auch, ob die Einheit Europas, die seiner Meinung nach im Interesse der Vereinigten Staaten lag, notwendigerweise in Form eines supranationalen Europas erfolgen musste. Eine konföderierte Struktur müsse eingebettet sein in einen übergreifenden und starken atlantischen Rahmen. Kissinger hatte eindeutig eine teilweise gaullistische Perspektive hinsichtlich der Zukunft Europas. Er war überzeugt, dass sich die Europäer aufgrund des Entkolonialisierungsprozesses und der Ermutigung durch die USA nicht mehr als Großmächte betrachteten. Wie der Fall Westdeutschlands zeigte, spielte eine starke Wirtschaftsleistung kaum eine Rolle.³³

Kissinger glaubte, wie Gregory Cleva es treffend formulierte, dass „Nationen ihre Rolle auf der internationalen Bühne aufgrund ihrer politischen Bestrebungen und ihrer nationalen Identität übernehmen – nicht aufgrund ihrer wirtschaftlichen Vitalität“.³⁴ Vor allem schien der Wille zur Machtausübung entscheidend zu sein. Dennoch war es natürlich offensichtlich, wie das britische Beispiel in den 1960er und 1970er Jahren zeigte, dass ohne wirtschaftliche Vitalität die Fähigkeit zur Durchführung einer globalen Außenpolitik stark eingeschränkt war. Der Wille zur Macht war nicht alles.

Ähnlich wie Kissinger es im April 1973 in seiner umstrittenen „Jahr von Europa“-Rede ausführte, erklärte er auch bereits in *The Troubled Partnership*, dass die USA „das einzige Mitglied der NATO mit weltweiten Interessen“ seien. Dies habe zwangsläufig zu „unvermeidlichen Unterschieden in der Sichtweise“ zwischen Washington und den europäischen Ländern geführt.³⁵ Kissinger war auch der Ansicht, dass die Entspannung im Kalten Krieg aufgrund der allmählichen Annäherung an die Sowjetunion in den vergangenen Jahren und der wirtschaftlichen Erholung Europas „Tendenzen zur Dritten Kraft“ in Europa angeregt und „die Aufgeschlossenheit Europas gegenüber den politischen Maximen Amerikas verringert“ habe.³⁶ Tatsächlich sei zu erwarten, dass die Entwicklung einer „spezifisch europäischen Weltanschauung“ dazu führen werde, dass die Europäer „die amerikanische Vorherrschaft in der Atlantikpolitik in Frage stellen“ würden.³⁷

32 Kissinger 1965 (Zitate: S. 21, S. 6).

33 Vgl. ebd., S. 8; Kissinger 1979, S. 85-86.

34 Cleva 1989, S. 174.

35 Kissinger 1965, S. 9.

36 Ebd., S. 39.

37 Ebd.

Kissinger gab offen zu, dass es den USA schwerfiel, die zunehmend eigenständige Stimme Europas zu akzeptieren. „Sich an den Verlust der Vorrangstellung anzupassen, ist immer ein schwieriger Prozess“. Dennoch, so argumentierte er weiter, neigten die Europäer, die sich von der bestehenden „Vormundschaftsbeziehung“ lösen wollten, dazu, die Vorteile dieser Beziehung zu übersehen und sich stattdessen auf die „belastenden“ Aspekte zu konzentrieren.³⁸ Nicht zuletzt kritisierte er die naive Ansicht der USA, dass die europäische Einheit zu „parallelen Politiken“ und „ähnlichen Ansichten über geeignete Taktiken“ in internationalen Angelegenheiten führen würde.³⁹ Ein geeintes Europa werde seine eigenen außenpolitischen Leitlinien entwickeln und dann womöglich die Führung der USA in der Atlantischen Gemeinschaft nicht mehr ohne weiteres akzeptieren. Zwar sei „dies möglicherweise ein Preis, der für die europäische Einheit zu zahlen ist“, erklärte er, „aber die amerikanische Politik hat darunter gelitten, dass sie nicht bereit war, anzuerkennen, dass ein Preis zu zahlen ist.“⁴⁰

Kissinger war überzeugt, dass „die europäische Einheit kein Allheilmittel für die Meinungsverschiedenheiten im Atlantikraum ist. In vielerlei Hinsicht könnte sie die Unterschiede eher verstärken als verringern.“ Zu seinem großen Bedauern musste er zugeben: „Je mehr Struktur Europa gewinnt, desto besser wird es in der Lage sein, auf Unterschieden zu bestehen, deren letztendliche Ursache eher struktureller als persönlicher Natur ist.“⁴¹ Kissinger überraschte nur wenige Experten, als er sein Buch mit der Feststellung beendete, dass „die Interessen Europas und der Vereinigten Staaten nicht überall identisch sind“. Er hoffte jedoch, dass „es möglich sein könnte, sich auf einen zulässigen Spielraum für Abweichungen zu einigen“. Jeder Partner würde so „ein gewisses Maß an Flexibilität zurückgewinnen“ und weiterhin von der transatlantischen Allianz profitieren.⁴²

Aus dieser Aussage ging jedoch klar hervor, dass bestimmte Abweichungen offenbar nicht zulässig waren. Die USA würden definieren, welche Abweichungen akzeptabel waren und welche nicht. Kissingers sorgfältig gewählte Formulierung eines akzeptablen „Maßes an Flexibilität“ deutete bereits darauf hin, dass er überzeugt war, dass die USA ihre hegemoniale Position im transatlantischen Bündnis nicht verwässern oder gar aufgeben sollten.

38 Ebd., S. 10.

39 Ebd., S. 40.

40 Ebd.

41 Ebd., S. 230.

42 Ebd., S. 231.

In den ersten Jahren der Nixon-Regierung erfuhren die Beziehungen zu Westeuropa einen raschen Wandel. Dies war zum Teil bewusst herbeigeführt worden, zum Teil war es jedoch auch eine Folge der Umstände, da die Nixon-Regierung häufig durch drängendere Probleme abgelenkt wurde. Schließlich gab es eine Reihe von außenpolitischen Themen, denen der Präsident große Aufmerksamkeit schenkte, insbesondere die Beziehungen zur Sowjetunion und zu China sowie der Vietnamkrieg. Dies war sowohl eine Stärke, da es die Energie und Aufmerksamkeit der Regierung bündelte, als auch eine Schwäche, da es eindeutig zur Vernachlässigung vieler wichtiger geografischer Gebiete und thematischer Fragen führte. Insbesondere betrachtete Nixon den Vietnamkrieg als „den Knochen im Hals der Nation“, wie sein Redenschreiber William Safire es später ausdrückte. Anfang 1969 kämpften noch immer über 550.000 US-Soldaten in Vietnam, von denen jede Woche 300 getötet wurden. Ihr Durchschnittsalter betrug gerade einmal 19 Jahre.⁴³

Westeuropäische Angelegenheiten wurden daher anfangs oft ignoriert. Symbolisch für diese Vernachlässigung war die Tatsache, dass Bob Schaezel, ein registrierter Demokrat und bekannter Nixon-Skeptiker, fast während der gesamten ersten Amtszeit Nixons in seinem Amt als US-Botschafter bei der EG in Brüssel verbleiben konnte.⁴⁴ Die Regierung schien Schaezels Posten in Brüssel nicht für wichtig genug zu halten, um ihn durch einen Nixon-Republikaner zu ersetzen. Stattdessen wurde die Bedeutung seines Postens in Brüssel herabgestuft. „Im wirtschaftlichen Bereich“, so entschied das Weiße Haus, „sollte der Botschafter beim Gemeinsamen Markt“ dem US-Botschafter bei der NATO unterstellt werden, der damit praktisch zu Schaezels Vorgesetztem wurde; formal blieben sie jedoch auf derselben Hierarchieebene. Dennoch zeigte diese Regelung deutlich, wo die Prioritäten der Regierung im transatlantischen Kontext lagen. In den folgenden Jahrzehnten änderte sich an dieser Situation kaum etwas.⁴⁵

Die Nixon-Regierung war, wie ihre Vorgänger, ebenfalls einigermaßen verwirrt und ratlos angesichts des europäischen Integrationsprozesses und der komplexen Bürokratie der EG. Nixon und Kissinger fiel es grundsätzlich schwer, die Entwicklung eines geeinteren Europas ernst zu nehmen. Obwohl das kleine Büro der EG in Washington 1971 den diplomatischen Status einer offiziellen Delegation erhielt, konnte sich der ehemalige NSC-Mitarbeiter Robert Gerald Livingstone rückblickend nicht daran erinnern, dass die EG und die europäische Integration in den vielen NSC-Diskussionen der Nixon-Regierung, an denen er teilgenommen hatte, eine

43 Safire 1975, S. 121. Vgl. auch Kimball 2011.

44 Vgl. Matusow 1998, S. 36.

45 Vgl. ebd.; Ashman 1974, S. 175-176; Interview des Autors mit Clayland Boyden Gray, Washington, D.C., 14./15. Juni 2011.

große Rolle gespielt hätten.⁴⁶ Der westdeutsche Bundeskanzler Willy Brandt äußerte sich in seinen Memoiren recht deutlich. Er schreibt, er habe den Eindruck gehabt, dass Kissinger „zögerte, der Existenz der Europäischen Gemeinschaft und ihrer langsamen und mühsamen Entwicklung ausreichend Beachtung zu schenken“. Brandt räumte ein, dass „die Mühsamkeit und Irrationalität“ der Verfahren der EG „zweifelloos die Nerven aller Partner strapazierten und ihre Geduld auf die Probe stellten“.⁴⁷

Zwar war es Kissinger, der Anfang der 1970er Jahre scherzte: „Wen rufe ich an, wenn ich mit Europa sprechen möchte?“ Doch wurde schnell klar, dass Kissinger und seine Kollegen in der Nixon-Regierung nicht daran interessiert waren, sich mit einem wirklich vereinten europäischen Kontinent auseinanderzusetzen. Jahre später erklärte Kissinger, er könne sich nicht daran erinnern, jemals diese berühmte Bemerkung gemacht zu haben, doch Richard Smyser, ein ehemaliges Mitglied seines Stabes, bestätigte, dass Kissinger diese Frage tatsächlich stellte.⁴⁸ Sicherlich war kaum zu erwarten, dass das Weiße Haus unter Nixon sich wie frühere US-Regierungen aktiv für die Schaffung eines vereinten Europas einsetzen würde. „Die europäische Einheit ist eine Aufgabe für die Europäer“, erklärten Nixon und Kissinger wiederholt. Die Vereinigten Staaten waren nicht mehr daran interessiert, sich dafür zu engagieren.⁴⁹ Die unterschwellige Botschaft war, dass es dem Weißen Haus unter Nixon und Kissinger völlig egal war, ob nun Fortschritte im europäischen Integrationsprozess gemacht wurden oder nicht.

Darüber hinaus war die EG-Kommission in den 1970er Jahren eindeutig kein wichtiger Akteur in der internationalen Politik. Eine gute Kooperation mit der Kommission schien kaum von Bedeutung zu sein. Für Nixon und Kissinger zählten denn auch vor allem die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu den wichtigsten Ländern Europas: Frankreich, Großbritannien und Westdeutschland. Sich auf die traditionellen bilateralen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den Europäern zu verlassen, schien auch viel einfacher zu sein.⁵⁰

Bundeskanzler Brandt war jedenfalls nicht von der Aufrichtigkeit Kissingers überzeugt, als er den Wunsch nach einer gemeinsamen europäischen Telefonnummer äußerte, die er anrufen könne. Brandt betonte in seinen Memoiren: „Henry Kissinger gefiel der Gedanke nicht, dass die Europäer mit einer Stimme sprechen

46 Vgl. Interview des Autors mit Robert Gerald Livingstone, einem Mitglied von Kissingers Stab von 1971 bis 1973, Washington, D.C., 28. Juli 2010.

47 *Brandt* 1978, S. 282.

48 Interview des Autors mit Henry A. Kissinger, New York, 5. März 2004; Interview des Autors mit William Richard („Dick“) Smyser, Washington, D.C., 3. April 2011.

49 National Archives and Records Administration (NARA): Nixon Presidential Materials Staff, NSC Files, President’s Trip Files, Box 443, Folder President Nixon’s Trip to Europe, February-March 1969—The President. General Background Papers: paper, U.S. Support for European Unity, NE/B-9, Confidential, February 13, 1969.

50 Vgl. *Lundestad* 2003, S. 177–181.

sollten. Er zog es vor, mit Paris, London und Bonn zu jonglieren und sie nach alter Manier gegeneinander auszuspielen.⁵¹ Brandts Aussage traf in Bezug auf bestimmte Phasen der Europapolitik der Regierung durchaus zu. Dennoch war seine pauschale Schlussfolgerung auch etwas unfair und eindeutig beeinflusst von seiner und Kissingers gegenseitiger Abneigung und dem starken Misstrauen der Nixon-Regierung gegenüber der Neuen Ostpolitik und damit der gerade in den USA recht umstrittenen Entspannungspolitik der Westdeutschen.⁵²

Kissinger war von dem immer stärkeren Bestreben der Europäer, ein vereinigtes Europa herzustellen, nicht begeistert. Das würde fatale Folgen für die USA und die transatlantischen Beziehungen haben, so glaubte er. Falls die Europäer eine ganz eigene globale Perspektive entwickelten, würde das sie bald dazu veranlassen, die amerikanische Dominanz in den transatlantischen Beziehungen zu hinterfragen. Für ihn war es offensichtlich, dass ein vereintes Europa nicht zur Lösung aller atlantischen Meinungsverschiedenheiten führen würde. Stattdessen war er der Ansicht, dass die europäische Einigung die Distanz zu den USA würde wachsen lassen.⁵³ Während Nixon schließlich zu sehr ähnlichen Überzeugungen gelangte, war es vor allem Kissinger, der zutiefst euroskeptische Ansichten vertrat. In der Folge war es daher der aus Europa stammende Nationale Sicherheitsberater, der maßgeblich die zunehmend misstrauische, wenn nicht gar feindselige Politik der Nixon-Regierung gegenüber der europäischen Einheit bestimmte.

Überraschenderweise kam der große Krach nicht wegen geopolitischer Themen oder Ost-West-Fragen zustande, sondern aufgrund tiefster Meinungsunterschiede über die transatlantische Geldpolitik. Denn gerade Kissinger befürchtete, dass das Bestreben der EG-Länder, allmählich eine eigene Währung zu gründen, dazu führen würde, dass sich Westeuropa ganz von den USA abkoppeln würde und womöglich beabsichtige, zu einem von Washington unabhängigen Faktor in der Weltpolitik zu werden. Und für Kissinger bedeutete dies, dass sich die EG-Länder zu einem rivalisierenden Machtblock entwickeln würden. Das konnte nicht akzeptiert und hingenommen werden.

Diese ernste und gewöhnlich in der Literatur recht vernachlässigte Episode verdeutlicht wie kaum eine andere politische Sachlage in den transatlantischen Beziehungen zu Beginn der 1970er Jahre die tiefe und anhaltende Skepsis Henry Kissingers gegenüber dem europäischen Integrationsprozess. Letztlich gelang es ihm, als Sieger aus diesem Streit hervorzugehen und damit die Anfänge der Entwicklung einer europäischen Währung zu verhindern. Dies sollte die europäischen Einigungsbewegung auf Jahre zurücksetzen. Erst Ende der 1980er Jahre wurde die von Kissinger Anfang der 1970er Jahre unterminierte Entwicklung wieder aufgenommen und führte dann letztlich zur Einführung des Euro im Jahre 1999.

51 *Brandt* 1992, S. 178; auch zustimmend *Schaetzel* 1975, S. 49, S. 51-52.

52 Vgl. *Brandt* 1992, S.175-176 und dazu auch *Larres/Low* 2025.

53 Vgl. *Larres/Low* 2025.

Tiefe Differenzen über die transatlantische Geldpolitik

Obwohl Präsident Nixons Staatsreise in die Hauptstädte Westeuropas direkt nach seinem Amtsantritt 1969 dort sehr positiv aufgenommen wurde, war dieser erfolgreiche Beginn seiner Präsidentschaft aus transatlantischer Sicht nicht von Dauer. Danach traten die Enttäuschung und der Ärger der Europäer über die nachlassende Unterstützung und das nachlassende Engagement Washingtons für ein vereintes Europa bald wieder in den Vordergrund. Innerhalb der EG, die bald auf neun Mitglieder erweitert werden sollte, herrschte die weit verbreitete Überzeugung, dass die USA die europäischen Bemühungen um die Schaffung eines vereinten Kontinents und die Selbstständigkeit in internationalen Angelegenheiten immer noch nicht ernst nahmen.

Wie die 1960er Jahre gezeigt hatten, konnte die Vorherrschaft der USA in der NATO und in transatlantischen Sicherheitsfragen kaum erfolgreich in Frage gestellt werden; in Wirtschafts- und Währungsfragen sah die Lage jedoch anders aus. Hier schien die Politik Washingtons ein überraschend hohes Maß an Verantwortungslosigkeit an den Tag zu legen – zumindest war dies die Wahrnehmung der meisten europäischen Länder.

Nixon hatte das Pech, dass seine Präsidentschaft zu einem Zeitpunkt begann, als die wirtschaftliche und finanzielle Lage der USA immer schlechter wurde. Vor allem machte das Weiße Haus die Stärke des Dollars für die wirtschaftliche Notlage des Landes verantwortlich. Nixon war der Ansicht, dass der stark überbewertete Dollar US-Waren unnötig verteuerte und auf den Weltmärkten wettbewerbsunfähig machte. Diese Behauptung enthielt zwar ein Körnchen Wahrheit, war aber auch übertrieben. Die wirtschaftlichen Probleme der Vereinigten Staaten waren viel tiefgreifender; das Land hatte nicht nur ein Währungsproblem. Nixon hoffte jedoch, dass ein deutlich schwächerer Dollar nicht nur der Exportindustrie des Landes helfen, sondern auch die Zahlungsbilanz stabilisieren und Washington möglicherweise wieder einen Handelsüberschuss verschaffen würde. Seine Regierung versuchte, den Dollar zu schwächen, aber die Abwertung der US-Währung führte zu einem weiteren Inflationsdruck auf die Preise, der die Ersparnisse und Rentenkonten von Millionen von Amerikanern gefährdete. Außerdem machte diese Situation das Land für ausländische Investitionen weniger attraktiv. Gleichzeitig hatte die Stärke vieler europäischer Währungen, insbesondere der westdeutschen D-Mark, manche Länder Europas zu soliden „sicheren Häfen“ für globale Investoren gemacht. Währungsspekulanten verlagerten einen Großteil ihrer Portfolios nach Europa, insbesondere nach Westdeutschland, aber auch nach Frankreich, und überschwemmten so den alten Kontinent mit Dollars.

Bereits seit Mitte der 1960er Jahre wurde die transatlantische Welt durch wiederholte Währungskrisen und die Notwendigkeit einer Neubewertung ihrer Währungen, die alle an den US-Dollar gekoppelt waren, erschüttert. Letzterer wiederum war

mit 35 Dollar pro Unze an Gold gekoppelt. Das 1944 eingeführte Bretton-Woods-Währungssystem hatte der westlichen Welt nach dem Krieg Währungsstabilität und Wohlstand gebracht, war nun aber an seine Grenzen gestoßen und geriet ernsthaft aus dem Gleichgewicht. Vor allem die deutsche und die französische Regierung übten Druck auf Washington aus, etwas gegen die prekäre Lage zu unternehmen. Der Aufstieg Europas zu Wohlstand und Selbstbewusstsein hatten Bonn und Paris davon überzeugt, dass ihr wirtschaftliches Denken dem der USA überlegen war. Die Kritik Europas stieß jedoch auf wenig Verständnis in Washington. Finanzminister John Connally, der Kissinger in seinem Einfluss auf den Präsidenten zeitweise große Konkurrenz machte, erwies sich als wenig hilfreich. Er hatte keine Sympathie für die monetären Schwierigkeiten der Verbündeten. „Der Dollar ist unsere Währung“, sagte er einmal europäischen Würdenträgern, die zu Besuch waren, „aber er ist euer Problem.“⁵⁴

Im Laufe der frühen 1970er Jahre nahmen die Auseinandersetzungen über monetäre und wirtschaftliche Fragen eine außergewöhnliche Schärfe an und wurden in einem bisher unter den transatlantischen Partnern unbekanntem nationalistischen Ton geführt. In diesem feindseligen Umfeld schwand die Unterstützung der USA für die weitere Integration und wirtschaftliche Einheit Europas fast vollständig.⁵⁵

Während Nixons erster Amtszeit gab es zudem einen übergeordneten Faktor, der für die Art und Weise, wie der Präsident die sich verschlechternde Lage interpretierte, von enormer Bedeutung war. Er untermauerte einen Großteil der wirtschaftlichen Bedenken des Präsidenten und unterminierte sein Vertrauen in die europäischen Verbündeten erheblich. Dieser Faktor waren Nixons Aussichten auf eine Wiederwahl, die durch die Währungsumwälzungen und den wirtschaftlichen und finanziellen Wettbewerb mit Europa stark beeinträchtigt wurden. Bereits 1970 war Nixon zutiefst besorgt über die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage seines Landes. Mit Blick auf die bevorstehenden Kongresswahlen im November 1970 und insbesondere die Präsidentschaftswahlen 1972 hielt es Nixon für dringend notwendig, etwas zu unternehmen. „Die Besessenheit des Präsidenten von den Wahlen macht mir Angst“, schrieb der Vorsitzende der Federal Reserve, Arthur Burns, Anfang November 1971 in sein Tagebuch, fast genau ein Jahr nach den Zwischenwahlen von 1970, die die Republikaner verloren hatten: „Gibt es irgendetwas, das er nicht tun würde, um seine Wiederwahl zu erreichen? Ich verliere das Vertrauen in ihn, und mein Herz ist krank und traurig.“⁵⁶

Nixons Wahlorgen beeinflussten die gesamte Herangehensweise der US-Regierung an die wachsende Instabilität des Bretton-Woods-Systems und die Währungskritik der europäischen Verbündeten. In diesen entscheidenden Fragen wurde er

54 Zit. n. *James* 1996, S. 210.

55 Vgl. Robert Osgood, VIII. Foreign Economic Trends, undatiert (ca. Sommer 1969). In: *FRUS* 2001, S. 70, S. 66-72; *Volcker* 2018, S. 46ff.; *Schaetzel* 1975, S. 45.

56 Zit. n. *Ferrell* 2010, S. 63.

weniger von Kissinger beeinflusst, dessen wirtschaftliche Kenntnisse begrenzt waren, als vielmehr von Finanzminister Connally, den Nixon sehr bewunderte, sowie dessen Nachfolger George Shultz. Die Ratschläge, die er erhielt, und seine Wahl-sorgen führten schließlich zum Treffen in Camp David im August 1971, zu den „Nixon-Schocks“ und zum Ende des Bretton-Woods-Systems.

Camp David am 15. August 1971 und das Ende von Bretton Woods

Am 15. August 1971 berief Nixon in enger Zusammenarbeit mit Finanzminister John Connally eine Sitzung seiner wichtigsten Wirtschaftsberater in Camp David ein, um eine drastische Änderung der Wirtschaftspolitik des Landes zu besprechen. Ohne eine deutliche Verbesserung der Wirtschaftslage befürchtete Nixon, die bevorstehenden Kongresswahlen und vor allem seine Wiederwahl zum Präsidenten im Jahr 1972 zu verlieren. Unmittelbar nach dem Treffen verkündete der Präsident in einer großen Fernsehansprache an die Nation die „Nixon-Schocks“. Nixon informierte die fassungslose Öffentlichkeit über eine neue US-Geldpolitik, und damit über die faktische Aufgabe des Bretton-Woods-Währungssystems mit festen Wechselkursen. Er kündigte ein umfassendes Paket vorübergehender Lohn- und Preiskontrollen an, das sich als äußerst populär erwies, die Aufhebung der Bindung des Dollars an den Goldstandard und vorübergehende Zölle von 10 Prozent auf ausländische Waren, von denen er sich erhoffte, dass die Amerikaner dadurch mehr inländische Waren kaufen würden.⁵⁷

Verbündete Regierungen, einschließlich die europäischen, waren nicht vorge-wart worden. Sie waren von Nixons „Bombe“ völlig überrascht und zutiefst verärgert. Sie erkannten schnell, dass es Nixon weniger um das Wohlergehen der USA und der transatlantischen Allianz ging. Vielmehr war ihnen klar, dass seine Wahlkampfinteressen zu dieser neuen protektionistischen Wirtschaftspolitik und dem abrupten Ende des langjährigen Bretton-Woods-Systems geführt hatten. Die Europäer erwogen energische Gegenmaßnahmen, wie Handelssanktionen gegen US-Exporte, verzichteten aber letztlich darauf, einen Handelskrieg zu beginnen, da es ihnen gelang, die USA zu Währungsgesprächen zu bewegen. Die gesamte Episode motivierte die Europäer, sich viel intensiver als bisher um die Entwicklung einer eigenen gemeinsamen Währungspolitik zu bemühen. Für Europa stand Bretton Woods schließlich für Stabilität und Wohlstand, während es für die Nixon-Regierung bedeutete, die US-Wirtschaft an ein veraltetes System zu fesseln, das den Wirtschaftsboom eher behinderte als förderte, den Nixon seiner Meinung nach so dringend brauchte, um eine weitere Amtszeit zu gewinnen.⁵⁸

57 Vgl. Larres 2022, Kap. 5, S. 157-166.

58 Vgl. ebd.

Die anhaltende Feindseligkeit in den transatlantischen Beziehungen nach dem Treffen in Camp David und den „Nixon-Schocks“ wurde durch Connallys hartnäckiges Verhalten noch verschärft. Er war offensichtlich davon überzeugt, dass er durch eine mehr als drei Monate andauernde unnachgiebige Haltung bessere Bedingungen für ein neues transatlantisches Währungsabkommen erzielen könnte. Es war Connallys Rivale Henry Kissinger, der nicht nach Camp David eingeladen worden war, der die politischen Gefahren dieses Vorgehens erkannte. Ab Ende September und während des gesamten Oktobers 1971 zeigte sich Kissinger zunehmend besorgt über die internationalen Auswirkungen der Währungskrise und war der Ansicht, dass dringend etwas gegen die sich verschlechternde Lage unternommen werden müsse.

Ende November gelang es ihm endlich, Nixon davon zu überzeugen, dass es höchste Zeit war, sich mit den sich verschlechternden Beziehungen zu den Verbündeten zu befassen. Vor den bevorstehenden entscheidenden Gipfeltreffen des Präsidenten in Peking und Moskau (im Februar bzw. Mai 1972) sollten die Beziehungen zu den Verbündeten gut und einig und nicht ernsthaft angespannt sein. Nixon und Kissinger waren sich einig, dass ein Kompromiss durch eine Reihe hochrangiger bilateraler Währungsgespräche mit europäischen Staats- und Regierungschefs gefunden werden sollte, was der Präsident einem großen neuen Währungsgipfel ähnlich der Bretton-Woods-Konferenz von 1944 vorzog.⁵⁹

Das Smithsonian-Abkommen und sein Scheitern

Die bilateralen Gespräche zwischen Frankreich und den USA in Person von Präsident Georges Pompidou sowie Nixon und Kissinger auf den Azoren im Dezember 1971 führten zu einer neuen vorläufigen Währungsvereinbarung. Die anderen europäischen Länder akzeptierten das französisch-amerikanische Abkommen widerwillig in weiteren Verhandlungen wenige Tage später im Gebäude des Smithsonian-Instituts in Washington, D.C.⁶⁰

Das Smithsonian-Abkommen vom 17. Dezember 1971 sah eine Neuausrichtung der westlichen Währungen mit etwas großzügigeren Schwankungsmargen als unter dem Bretton-Woods-System vor, wobei der geschwächte Dollar nach wie vor im Zentrum des Systems stand. Darüber hinaus sollte der Dollar weiterhin an Gold gebunden sein, jedoch zu einem Preis von 38 Dollar pro Unze (anstelle der bisherigen 35 Dollar), was eine Abwertung der US-Währung um etwa 7 Prozent bedeutete. Den europäischen Verbündeten war es tatsächlich gelungen, das alte Bretton-Woods-System teilweise zu retten, indem sie es reparierten und flexibler gestalteten.

Dieses Abkommen konnte jedoch weitere Währungskrisen und Dollarabwertungen im Laufe des Jahres 1972 nicht verhindern. Auch verbesserte sich die Zahlungs-

59 Vgl. ebd., S. 170-176.

60 Vgl. im Folgenden ebd., S. 176-187.

bilanz der USA nicht so stark, wie Nixon erwartet hatte. Die Inflations- und Arbeitslosenquoten sanken zwar, waren aber für Nixons Geschmack immer noch zu hoch. Präsident Pompidou und die anderen europäischen Staats- und Regierungschefs waren darüber hinaus zutiefst verärgert, als sie feststellten, dass Nixon sich nicht an die Regeln des Smithsonian-Abkommens hielt und die neuen, etwas lockeren, aber immer noch festen Wechselkurse nicht wie vereinbart verteidigte.

Es war auch nicht sonderlich hilfreich, dass der Nachfolger von Finanzminister Connally, George Shultz, ein Monetarist im Sinne Milton Friedmans war und daher nicht an den Wert eines System fester Wechselkurse glaubte. Verärgert über die Geldpolitik Washingtons, erwogen die Europäer die Einrichtung der sogenannten Währungsschlange – einer Art regionalem europäischem Währungssystem, das sich weitgehend an die Bretton-Woods-Regeln hielt –, um feste Wechselkurse, Preisstabilität und niedrige, stabile Inflationsraten für die EG-Länder aufrechtzuerhalten.

Diese Schlange zeigte deutlich den Wunsch der EG, sich von den Turbulenzen des von den USA dominierten westlichen Währungssystems unabhängig zu machen, war aber noch an den US-Dollar gebunden. Ihre Einrichtung war ein klarer „Schritt in Richtung einer Währungsunion in der EWG“, wie der Ökonom Robert Solomon argumentierte.⁶¹ Die USA hielten davon rein gar nichts, zumal Nixon im November 1972 einen überwältigenden Wahlsieg errang und damit für eine zweite Amtszeit wiedergewählt worden war. Dies bestätigte ihn in seiner Überzeugung, dass seine drastische Kurskorrektur in Camp David im August 1971 richtig gewesen war, ungeachtet der ständigen Kritik und Beschwerden der europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten und deren aus seiner Sicht übertriebene Sorge um das westliche Währungssystem.⁶²

Der Wendepunkt des Jahres 1973

Dennoch dauerten die transatlantischen Währungskrisen bis 1973 an, und es kam zu mehreren weiteren Dollarabwertungen. Am 1. Januar 1973 erfolgte die erste Erweiterung der EG, als Großbritannien, Irland und Dänemark aufgenommen wurden. Die EG-Mitgliedstaaten begannen bald, über eine gemeinsame europäische Währung nachzudenken, die den US-Dollar, anders als bisher, nun nicht mehr einschloss. Es war diese geplante Demonstration der europäischen Unabhängigkeit und die fehlende Rücksprache mit Washington, die für Kissinger völlig inakzeptabel war und ihn zu anti-europäischen Tiraden veranlasste.

Am 3. März 1973 hielt der Präsident eine lange Sitzung mit seinen Wirtschaftsberatern ab, darunter Finanzminister George Shultz, der Vorsitzende der Federal

61 *Solomon* 1982, S. 218.

62 Vgl. ebd.

Reserve Arthur Burns und Unterstaatssekretär Paul Volcker. Danach konsultierte Nixon Kissinger. Der Sicherheitsberater schien schlechte Laune zu haben. Er war überzeugt, dass das geplante gemeinsame europäische Floating gegen die Interessen der Vereinigten Staaten verstieß. Da die USA sich diesem Schritt anschließen und auch den Dollar floaten lassen müssten, würde dies praktisch bedeuten, dass „nur drei Wochen nach der Abwertung“ des Greenback im Februar „wir ihn erneut abwerten ... und das lässt uns weder im Inland noch international stark erscheinen“. ⁶³

Kissinger argumentierte sehr stark aus machtpolitischer Sicht. Finanzminister Shultz hingegen war viel weniger besorgt über die allgemeine Floatierung. Kissinger war jedoch nie bereit, die Situation aus rein wirtschaftlicher und monetärer Sicht zu betrachten. Dem Sicherheitsberater ging es um US-amerikanische Glaubwürdigkeit und er war vor allem verärgert über die Tendenz der Europäer, die Vereinigten Staaten nicht zu konsultieren und so zu tun, als seien die EG-Neun ein völlig unabhängiger und eng verflochtener Staatenblock. Kissinger sagte zu Nixon: „Es ist an der Zeit, den Europäern klar zu machen, dass sie keine gemeinsame Position einnehmen können, ohne uns zu einer Angelegenheit zu konsultieren, die unsere Interessen entscheidend betrifft, und uns mit abstrakter europäischer Integration und ähnlichen Dingen abzufinden.“ ⁶⁴ Letzteres war ein Verweis auf den Brief des westdeutschen Bundeskanzlers Willy Brandt an Nixon vom 2. März 1973. Kissinger nahm großen Anstoß an dem Brief, in dem der Kanzler davon sprach, die Währungsprobleme des Westens zu lösen, um den europäischen Integrationsprozess zu stärken. ⁶⁵

In weiteren Gesprächen mit dem Präsidenten erwähnte Kissinger wiederholt, dass die Europäer die USA „hätten konsultieren müssen“. Er betonte, „dass die europäische Integration niemals als Ersatz für die atlantische oder weltweite Zusammenarbeit angesehen wurde“ und daher eine Entscheidung wie die gemeinsame Floating-Regelung „in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten getroffen werden sollte“. ⁶⁶ Kissinger ging sogar so weit, dem Präsidenten zu sagen, dass er „nicht mehr so sicher sei, dass die europäische Integration wirklich in unserem Interesse liege“. Und Nixon fand Gefallen an dieser Idee: „Oh, da bin ich mir überhaupt nicht so sicher“, antwortete er. Wenn das so sei, fragte Kissinger laut, „wäre es dann nicht besser für die atlantische Einheit“, wenn die USA es schafften, die Europäer „zu zwingen, separat mit uns zu verhandeln“? Nixon entgegnete, dass dies „im Grunde genommen bedeuten würde, nicht einzugreifen“ in das geplante gemeinsame europäische Floating. Kissinger hatte es jedoch genau umgekehrt gemeint. „Nein“, sagte er, „das könnte bedeuten, einzugreifen“ und damit den europäischen Integrationsprozess zu unterminieren. ⁶⁷

63 Gespräch Nixon, Kissinger und Shultz, 3. März 1973. In: *FRUS* 2009, S. 76.

64 Ebd., S. 72.

65 Vgl. ebd., S. 76.

66 Ebd.

67 Ebd., S. 79.

Nixon war sich in dieser Frage unsicher und nicht völlig überzeugt, dass eine engere finanzielle und monetäre Zusammenarbeit der Europäer für die Vereinigten Staaten wirtschaftliches Unheil bedeuten würde. Kissinger blieb jedoch dabei, dass dies sowohl für die Atlantische Gemeinschaft als auch für die Führungsrolle der USA in der Allianz eine Frage von Leben und Tod sei. „Wenn wir absolut nichts tun, zwingt das die Europäer nicht nur zusammen, sondern ermöglicht ihnen auch, jede beliebige Politik zu entwickeln und uns mit einer konstitutionellen Währung auszuzahlen; das heißt, es wäre Integration und Auf Wiedersehen.“ Nixon dachte darüber nach. „Mhm“, sagte er und blieb in dieser Frage weiterhin unentschlossen.⁶⁸ Bald war Kissinger wieder in Fahrt und konnte nicht umhin, seine starken anti-europäischen Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Er glaubte nicht, dass die USA diese monetäre Entwicklung „akzeptieren sollten“, „denn wenn das hier funktioniert“, donnerte er, „werden sie es überall anwenden und zunehmend von uns verlangen, dass wir sie in den Bereichen, in denen wir Handlungsspielraum haben, konsultieren. Und das ist nicht – das ist eine unserer großen NATO-Krisen – das ist eine unserer großen Atlantik-Krisen.“ Kissinger schlug Nixon vor, „auf jeden Fall sollten Sie einen Brief schreiben“, in dem der amerikanische Wunsch nach „Aufrechterhaltung der atlantischen Einheit“ betont werde.⁶⁹

Nixon skizzierte dann seine Sichtweise: „Die gesamten Beziehungen zu Europa befinden sich meiner Meinung nach derzeit in einem Zustand tiefgreifender Veränderungen. Und soweit es uns möglich ist, sollten wir unseren wirtschaftlichen und monetären Einfluss nutzen, um diese Veränderungen in einer Weise zu beeinflussen, die unseren Interessen dient.“⁷⁰ Kissinger hätte es nicht besser ausdrücken können. Für ihn ging die ganze Angelegenheit weit über rein monetäre und wirtschaftliche Fragen hinaus. Es handelte sich um Machtpolitik par excellence. „Wir waren schon immer für Integration. Das habe ich Ihnen gesagt, und wir haben auch so gehandelt“, erklärte Kissinger Nixon. „Aber wir haben es immer als einen Schritt in Richtung atlantische Zusammenarbeit gesehen. Und in diesem Fall geht es sogar um weltweite Zusammenarbeit. Wir haben die europäische Integration nie so interpretiert, dass Europa einseitige Entscheidungen trifft, die uns und in diesem Fall sogar Japan betreffen, ohne uns vorher zu konsultieren.“⁷¹

Kissinger reflektierte über die bisherige Politik Washingtons gegenüber der europäischen Integration und erklärte: „Wir haben uns zwanzig Jahre lang in eine Position gebracht, in der wir die europäische Integration in Bereichen gefördert haben, die unseren Interessen zuwiderlaufen, und sie in Bereichen, die unseren Interessen dienen, vor allem in der Verteidigung, behindert haben.“ Der Sicherheitsberater war der Meinung, dass sich dies ändern müsse; „die Prioritäten waren völlig falsch

68 Ebd., S. 80.

69 Ebd.

70 Ebd., S. 85.

71 Ebd., S. 86.

gesetzt.“ Schließlich hatten die USA „die Europäer in Verteidigungsfragen von uns abhängig gemacht, was sogar unseren wirtschaftlichen Interessen zuwiderläuft, und ihnen im wirtschaftlichen Bereich freie Hand gelassen“, was den Interessen der USA auch zuwiderlief. „Da haben Sie wirklich den Nagel auf den Kopf getroffen. Ich stimme dem zu“, antwortete der Präsident.⁷²

Die Tatsache, dass Washington es für notwendig hielt, auf Konsultationen zu bestehen, verdeutlichte den Rückgang der Autorität der USA innerhalb des westlichen Bündnisses und das zunehmende Unabhängigkeitsgefühl der europäischen Verbündeten. Bis dahin waren es immer die Europäer gewesen, die sich über die Nichtkonsultation durch die USA bitterlich beklagt hatten. Nun hatten sich die Rollen einmal umgekehrt, und es waren die USA, die es für notwendig hielten, auf umfassenden Konsultationen zu bestehen.

Spätestens Anfang 1973 war offensichtlich geworden, dass die Nixon-Regierung jegliches Interesse an der Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses verloren hatte.⁷³ Am 10. März 1973 bezeichnete Nixon die EG als ein „Frankenstein-Monster“.⁷⁴ In einem Memorandum an Henry Kissinger donnerte Nixon: „So wie die Europäer heute reden, wird die europäische Einheit nicht in unserem Interesse sein, schon gar nicht aus politischer oder wirtschaftlicher Sicht.“⁷⁵ Stattdessen prophezeite der Präsident: „Europa wird sich zunehmend in Konfrontation mit den Vereinigten Staaten befinden, anstatt sich mit uns zu verbünden, um eine geeinte Front gegen die sowjetische Expansion zu bilden.“ Nixon sah eindeutig die Notwendigkeit, die Europäer daran zu hindern, sich zu einem stärker integrierten Kontinent zu entwickeln. „Was jetzt zählt, ist, was wir tun, und wir müssen schnell und entschlossen handeln, sonst schaffen wir in Europa ein Frankenstein-Monster, das sich in den kommenden Jahren als äußerst schädlich für unsere Interessen erweisen könnte.“ Er fügte hinzu: „Es versteht sich von selbst, dass diese Gedanken nicht in die Bürokratie gelangen und auch nicht in öffentlichen Foren diskutiert werden dürfen.“⁷⁶ Nixon glaubte, das Europa zu einem Monster geworden war, das in jeder Hinsicht begonnen hatte, den Vereinigten Staaten kräftig Konkurrenz zu machen.⁷⁷

Dies war auch Henry Kissingers Verständnis. Er und William Simon, der stellvertretende Finanzminister, waren sich am 14. März einig, dass „ein einheitliches europäisches Währungssystem“ nicht im Interesse der Vereinigten Staaten liege. Kissinger erklärte sogar verschlagen: „Ich habe im Grunde genommen nur eine Meinung, nämlich dass wir so viel wie möglich tun sollten, um eine einheitliche

72 Ebd., S. 91.

73 Vgl. ebd., S. 74ff., S. 79.

74 Nixon an Kissinger, draft memorandum, datiert auf den 10. März 1973. In: United States Declassified Documents Online Reference System (Gale Cengage), doc. no. CK3100517379, deklassifiziert am 23. September 2002.

75 Ebd.

76 Ebd.

77 Vgl. ebd.

europäische Position zu verhindern, ohne unsere Karten offen zu legen.“ Kissinger wies Simon darauf hin, dass seine „Gründe rein politischer Natur“ seien, er aber „lieber mit ihnen einzeln spielen“ wolle als mit einem geschlossenen Block. Ausschlaggebend für ihn sei ein Geheimdienstbericht gewesen, „der ihm klar gemacht habe, dass alle unsere Feinde für die europäische Lösung seien“: „Das hat mich ziemlich überzeugt.“⁷⁸ In einem Telefongespräch mit Simon nur wenige Stunden später am selben Tag bekräftigte Kissinger erneut seine Meinung: „Wissen Sie, meine grundlegende Ansicht ist, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt keine weitere europäische Integration vorantreiben sollten, bis wir – ich würde sogar einen gewissen Preis zahlen, wenn nötig, um einzugreifen, wenn es um die nationale Währung geht.“ Kissinger war überzeugt, dass „ein gemeinsamer Wechselkurs, wenn er funktioniert, zu einem gemeinsamen Währungssystem führen wird.“⁷⁹ Und eine solche Entwicklung beunruhigte ihn weiterhin sehr, trotz aller Bemühungen von George Shultz, ihn vom Gegenteil zu überzeugen.

Nicht die Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses, sondern „divide et impera“ schien Washingtons neue Europa-Strategie zu sein. Das Weiße Haus unter Nixon war zu dem Schluss gekommen, dass die wirtschaftliche und politische Einheit Europas, ob absichtlich oder unabsichtlich, gegen die Vereinigten Staaten gerichtet sei. Die USA schienen daher keine andere Wahl zu haben, als sich einzumischen, um die Entwicklung der europäischen Einheit zu verhindern, indem sie den europäischen Integrationsprozess untergruben. Die europäische Integration wurde nicht mehr als ein grundsätzlich erstrebenswertes Ziel angesehen; bestenfalls wollte das Weiße Haus ihren Aufgabenbereich auf eine verstärkte Zusammenarbeit im nordatlantischen Raum beschränken.⁸⁰

Der Präsident selbst bekräftigte weiterhin seine „Ablehnung jeder Lösung, die die Länder des Gemeinsamen Marktes näher zusammenbringt“. Kissinger stimmte ihm zu. „Was wir tun mussten“, sagte er zu Nixon, „war, Sand ins Getriebe des Gemeinsamen Marktes zu streuen, denn die europäische Einheit im Wirtschaftsbereich würde definitiv den Interessen der USA zuwiderlaufen.“⁸¹ Arthur Burns und George Shultz äußerten starke Zweifel an dieser Vorgehensweise. Sie waren alarmiert über den von Nixon und Kissinger geplanten Versuch, „das Währungssystem zu korrumpieren mittels eines nicht klar durchdachten Plans, den Gemeinsamen Markt zu zerstören – oder ihm zumindest Schwierigkeiten zu bereiten“.⁸² Auf jeden Fall sah die Zukunft der transatlantischen Beziehungen düster aus.

78 Editorial Note, Gespräch zwischen Kissinger und Simon am 14. März 1973. In: *FRUS* 2009, S. 123.

79 Ebd.

80 Brief Nixon and Brandt, 3. März 1973. In: *FRUS* 2009, S. 92. Vgl. auch *Trachtenberg* 2011, S. 21-22.

81 Zit. n. *Ferrell* 2010, S. 94; vgl. auch *Nichter* 2015, S. 123.

82 Zit. n. *Ferrell* 2010, S. 94.

Während der ersten Hälfte des Jahres 1973 verlor die Nixon-Regierung jedes Interesse an der Förderung der europäischen Integration und der Schaffung eines einheitlichen Westeuropas. Die hitzigen Währungsstreitigkeiten und das starke Bestreben der Europäer, ihre währungspolitische Unabhängigkeit zu erreichen, waren der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Dies führte zu einem entscheidenden Wendepunkt in der US-Politik gegenüber dem europäischen Einigungsprozess. Zeitweise, insbesondere im Frühjahr und Sommer 1973, scheute Kissinger nicht davor zurück, Nixon davon zu überzeugen, sich aktiv gegen den europäischen Einigungsprozess zu stellen, ihn zu unterminieren und die Europäer untereinander zu spalten. Kissinger war nicht zuletzt davon überzeugt, dass „ein gemeinsames [europäisches] Floating, wenn es funktioniert, zu einem gemeinsamen Währungssystem führen wird.“⁸³ Und eine solche Entwicklung beunruhigte ihn sehr.

Der Vorsitzende der US-Notenbank, Arthur Burns, versuchte Nixon die Umstände zu erklären. Er wies darauf hin, dass hinter der gesamten unsicheren Lage die Tatsache stecke, dass die Europäer „die USA seit Jahren als einen Ort betrachten, von dem destabilisierende Kräfte in der Währungswelt ausgehen“. Sie glaubten, dass „man sich nicht auf die USA verlassen kann“, und seien möglicherweise zu dem Schluss gekommen, dass sie ein neues Währungssystem aufbauen müssten, das von den Europäern selbst verwaltet werde.⁸⁴

Die Europäer sahen sich schon bald gezwungen, dem Druck der USA sowie den wirtschaftlichen und monetären Realitäten nachzugeben und das Bretton-Woods-System fester Wechselkurse aufzugeben. Die neun EG-Länder führten zwar widerstrebend ein System frei schwankender Wechselkurse ein, doch handelte es sich dabei immer noch um ein Konstrukt, das die europäischen Währungen zu einem Währungsblock ohne Anbindung an den US-Dollar zusammenführte. Es war der Vorläufer eines europäischen Währungsblocks. Aus Sicht der Europäer waren die USA zu einem unzuverlässigen und unsicheren Verbündeten geworden. Und es war Henry Kissinger, der ihnen gegenüber wiederum besonders misstrauisch war. Das sollte sich auch während seiner umstrittenen Rede zum „Jahr von Europa“ und noch deutlicher während des Yom-Kippur-Krieges im Oktober 1973 herausstellen.⁸⁵

Nixon sah sich ursprünglich als ein pro-europäischer Präsident an, der die Beziehungen mit der EG auf eine neue kooperative Basis stellen wollte. Doch schon bald kristallisierte sich heraus, dass der Präsident und sein Nationaler Sicherheitsberater Henry Kissinger nicht über ihren eigenen machtpolitischen Schatten springen konnten. Sobald die EG-Länder damit begannen, sich etwas von den USA zu lösen und ihre eigenen wirtschaftspolitischen und monetären Vorstellungen zu entwickeln,

83 CIEP Executive Committee Meeting, 11. September 1972. In: *FRUS* 2001, S. 264.

84 Gespräch zwischen Nixon, Burns, Ash, Stein, Volcker, 3. März 1973. In: *FRUS* 2009, S. 62.

85 Vgl. *Larres* 2022, S. 210-239.

sahen die USA das als Bedrohung an. Nixon und Kissinger befürchteten die Entwicklung eines dritten Machtblocks in der Weltpolitik. Sie hatten nicht die Absicht, das zuzulassen. Die Europäer sollten weiterhin die Juniorpartner der USA im atlantischen Rahmen bleiben.

Von einer Emanzipation der Europäer hielt vor allem Kissinger gar nichts. Letztlich traute Kissinger den Europäern, und vor allem Westdeutschland, nicht über den Weg. Seine persönliche Biographie, einschließlich der Flucht aus Nazi-Deutschland als junger Mann, trug zu dieser Überzeugung kräftig bei. Was Europa und Deutschland anging, verließ sich Nixon gerne voll und ganz auf seinen engsten außenpolitischen Berater. Kissinger konnte daher die Europapolitik der Nixon-Administration entscheidend gestalten. Er wurde dabei nicht müde, jeden Versuch, ein einheitliches Westeuropa zu entwickeln, im Keim zu ersticken.

Bibliographie

- Ashman*, Charles, 1974: Connally. The Adventures of Big Bad John. New York.
- Blumenfeld*, Ralph, 1974: Henry Kissinger. The Private and Public Story. New York.
- Brandt*, Willy, 1978: People and Politics. The Years 1960-1975. London.
- Brandt*, Willy, 1992: My Life in Politics. London.
- Brown*, Jonathan, 2004: Kissinger Said Nixon Aides Were ‚Self-Seeking Heels‘. In: The Independent vom 23.07.2004, unter: <https://www.independent.co.uk/news/uk/this-britain/kissinger-said-nixon-aides-were-selfseeking-heels-554141.html>, abgerufen am 15.09.2025.
- Cleva*, Gregory D., 1989: Henry Kissinger and the American Approach to Foreign Policy. Lewisburg.
- Dallek*, Robert, 2007: Nixon and Kissinger. Partners in Power. New York.
- Ferguson*, Niall, 2015: Kissinger. 1923-1968: The Idealist. New York.
- Ferrell*, Robert H. (Hrsg.), 2010: Inside the Nixon Administration. The Secret Diary of Arthur Burns, 1969-1974. Lawrence.
- Foreign Relations of the United States (FRUS)*, 2001: 1969-1976, Vol. III: Foreign Economic Policy; International Monetary Policy, 1969-1972. Washington, D.C.
- Foreign Relations of the United States (FRUS)*, 2009: 1969-76, Vol. XXXI: Foreign Economic Policy, 1973-1976. Washington, D.C.
- Grandin*, Greg, 2015: Kissinger's Shadow. The Long Reach of America's Most Controversial Statesman. New York.
- Hanhimäki*, Jussi M., 2004: The Flawed Architect. Henry Kissinger and American Foreign Policy. Oxford.
- Isaacson*, Walter, 1992: Kissinger. A Biography. New York.
- James*, Harold, 1996: International Monetary Cooperation since Bretton Woods. Washington, D.C./New York.
- Kimball*, Warren, 2011: The Vietnam War. In: Small, Melvin (Hrsg.), 2011: A Companion to Richard M. Nixon, Oxford, S. 380-399.

- Kissinger, Henry A., 1957a: A World Restored. Metternich, Castlereagh and the Problems of Peace 1812-22. Boston/Cambridge.*
- Kissinger, Henry A., 1957b: Nuclear Weapons and Foreign Policy. New York.*
- Kissinger, Henry A., 1960: The Necessity for Choice. Prospects of American Foreign Policy. New York.*
- Kissinger, Henry A., 1965: The Troubled Partnership. A Re-appraisal of the Atlantic Alliance. New York.*
- Kissinger, Henry, 1979: White House Years. Boston.*
- Klitzing, Holger, 2007: The Nemesis of Stability. Henry A. Kissinger's Ambivalent Relationship with Germany. Trier.*
- Landau, David, 1972: Kissinger. The Uses of Power. Boston.*
- Larres, Klaus/Low, Ashley, 2025: Complex Relations: Nixon, Kissinger, and Willy Brandt. In: Borchard, Michael/Karner, Stefan/Küsters, Hans Jürgen/Ruggenthaler, Peter (Hrsg.), 2025: West German Ostpolitik, the Soviet Union, and East-West Détente in Europe. London.*
- Lundestad, Geir, 2003: The United States and Western Europe since 1945. Oxford.*
- Matusow, Allen J., 1998: Nixon's Economy. Booms, Busts, Dollars, and Votes. Lawrence.*
- Mazlish, Bruce, 1976: Kissinger. The European Mind in American Policy. New York.*
- Nichter, Luke A., 2015: Richard Nixon and Europe. The Reshaping of the Transatlantic World. Cambridge.*
- Safire, William, 1975: Before the Fall. An Inside View of the Pre-Watergate White House. Garden City.*
- Schaetzel, Robert, 1975: The Unhinged Alliance. America and the European Community. New York.*
- Schmidt, Helmut, 1989: Men and Powers. A Political Retrospective. New York.*
- Schmidt, Helmut/Stern, Fritz, 2010: Unser Jahrhundert. Ein Gespräch. München.*
- Solomon, Robert, 1982: The International Monetary System, 1945-1981. New York.*
- Trachtenberg, Marc, 2011: The French Factor in U.S. Foreign Policy during the Nixon-Pompidou Period, 1969-1974. In: Journal of Cold War Studies, H. 1, S. 4-59.*
- Volcker, Paul A. (mit Christine Harper), 2018: Keeping at It. The Quest for Sound Money and Good Government. New York.*

Arvid Schors [Hrsg.]

Henry Kissinger

Ordnungsmacht und Deutungshoheit

STAATSVERSTÄNDNISSE



Nomos

Titelbild: Ausschnitt aus einem Bild, das vollständig Präsident Gerald Ford und Außenminister Henry Kissinger im Gespräch auf dem Gelände des Weißen Hauses in Washington, D.C. zeigt (1974. Fotograf: Thomas J. O'Halloran).

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1021-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-4710-3 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Arvid Schors

Ordnungsmacht und Deutungshoheit. Henry Kissinger zur Einführung 9

Deutungen

Barbara J. Keys

Henry Kissingers Bild in der Öffentlichkeit 33

Anna Karla

Henry Kissinger als Geschichtsschreiber 55

Ordnungen

Martin Deuerlein

„Birth pains of interdependence.“
Henry Kissinger und globale Verflechtung 77

Constantin M. März

Henry Kissinger als (Vor-)Denker des Atomkriegs 101

Daniel Stahl

„In the Eisenhower period we would be heroes.“
Henry Kissinger und die Konjunkturen der Menschenrechte 125

Deutschland und Europa

Arvid Schors

„Men of ideals are very rarely men of action.“
Henry Kissinger als Vertriebener und US-Besatzungssoldat 149

<i>Holger Klitzing</i>	
Romantik – Mittellage – Gleichgewicht. Henry Kissinger und die deutsche Frage	171
<i>Christopher Seiberlich</i>	
Geschätzte Partner und erbitterte Gegenspieler. Henry Kissinger und die sozialdemokratischen Regierungen in Europa	199
<i>Klaus Larres</i>	
Henry Kissinger, die transatlantischen Beziehungen und die europäische Integration	221
Autorinnen und Autoren	245